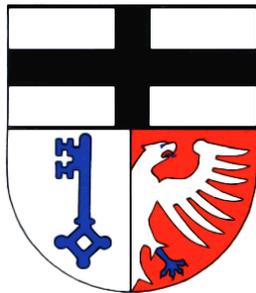


Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	2
2. Ergänzung von Unterlagen zur Einladung	2
Tagesordnung	3
Vorlagendokumente	6
TOP Ö 6.2 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021	6
Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Planungskosten für den Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule BV/1316/2020	6
Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Resolution zur Kostenübernahme Flüchtlingskosten BV/1316/2020	8
Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum BV/1316/2020	10
Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Verbesserung der Fahrradinfrastruktur BV/1316/2020	11
Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Wiederbelebung einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung BV/1316/2020	12

Der Bürgermeister



Rheinbach, 07.02.2020

Ergänzung zur Einladung

zur 10/36. Sitzung des Rates der Stadt Rheinbach

Termin: **Montag, der 10.02.2020 18:00 Uhr**

Ort: **Ratssaal, Himmeroder Hof, Himmeroder Wall 6, 53359 Rheinbach**

Im Nachgang zur Einladung reiche ich Ihnen eine aktuelle Tagesordnung sowie folgende Unterlagen nach:

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 6.2 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021 BV/1316/2020
hier: die Begleitanträge der SPD vom 06.02.2020

gez. Stefan Raetz
Vorsitzender

T a g e s o r d n u n g

zur Sitzung des Rates
am Montag, 10.02.2020

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Vorlagen-Nr.
A)	ÖFFENTLICHE SITZUNG	
1	Anerkennung der Tagesordnung	
2	Einwohnerfragestunde	
	./.	
3	Bürgeranträge	
3.1	Bürgerantrag vom 04.11.2019 betreffend Sanierung der Weiher entlang Pilgerweg und Alte Weiher	BA/0009/2019
3.2	Bürgerantrag vom 08.12.2019 betreffend grundlegende Verbesserung des Knotenpunkts Ölmühlenweg – Neugartenstraße - Brahmstraße	BA/0010/2019
3.3	Bürgerantrag vom 10.12.2019 betreffend Erweiterung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Pallottistraße	BA/0013/2019
3.4	Bürgerantrag vom 12.12.2019 betreffend Einrichtung eines Verkehrswegenetzes "Die blauen Straßen von Rheinbach"	BA/0014/2019
3.5	Bürgerantrag vom 16.12.2019 betreffend "Illegale Müllentsorgung und Littering"	BA/0011/2019
3.6	Bürgerantrag vom 17.12.2019 zum integrierten Verkehrsentwicklungsplan; hier: Steuerung der beeinflussbaren Verkehre in der Stadt Rheinbach	BA/0016/2019
3.7	Bürgerantrag vom 17.12.2019 betreffend Genehmigungsvorbehalt hinsichtlich des vorhabenbezogenen B-Plans Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum“	BA/0017/2020
4	Ortsrecht	
4.1	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Rheinbach	BV/1270/2019/1
5	Allgemeine Angelegenheiten	
	./.	

- 6 Finanzangelegenheiten**
- 6.1 Ermächtigungsübertrag für Investitionsauszahlungen des Jahres 2019 BV/1317/2020
- 6.2 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021 BV/1316/2020
- 6.3 Genehmigung des Forstwirtschaftsplans 2020 BV/1326/2020
- 6.4 Beratung des Stellenplanes 2020 BV/1314/2020
- 7 Grundstücksangelegenheiten**
- ./.
- 8 Bau- und Planungsangelegenheiten**
- ./.
- 9 Besetzung von Ausschüssen und Gremien**
- 9.1 Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Ausschuss für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur und Betriebsausschuss BV/0540/2015/38
- 9.2 Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss MI/0540/2015/6
- 9.3 Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und Gremien; hier: Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss BV/0540/2015/39
- 10 Anträgen von Fraktionen und Ratsmitgliedern**
- 10.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.01.2020 betreffend Verwendung von regionalen Holzhackschnitzeln zur Energieversorgung von städtischen Gebäuden AN/0448/2020
- 10.2 Antrag von Ratsfrau Martina Koch und Ortsvorsteher Klöß (SPD) vom 22.01.2020 betreffend barrierefreier Zugang zur Alten Schule in Niederdrees AN/0447/2020
- 10.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2020 betreffend Erweiterung des Pendler-Parkplatzes am Bahnhof Römerkanal AN/0449/2020
- 10.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.01.2020 betreffend Änderung der OGS-Gebührenstruktur AN/0450/2020
- 11 Mitteilungen des Vorsitzenden**

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

12 Allgemeine Angelegenheiten

- 12.1 Zukünftige Standorte für die Rheinbach-Meckener Tafel e.V. und das Möbellager sowie die Fahrradwerkstatt des Georgsring e.V. BV/1308/2019

13 Grundstücksangelegenheiten

- 13.1 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 31, Flurstücke T. a. 47 + 48 BV/1320/2020
- 13.2 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 27, Flurstück 125 BV/1321/2020
- 13.3 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Neukirchen, Flur 12, Flurstück 256 BV/1318/2020
- 13.4 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 39, Flurstücke T. a. 102, 106 + 110 BV/1322/2020
- 13.5 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 40, Flurstücke T. a. 120 + 121 BV/1327/2020

14 Finanzangelegenheiten

./.

15 Bau- und Planungsangelegenheiten

./.

16 Personalangelegenheiten

- 16.1 Organisationsuntersuchung Betriebshof der Stadt Rheinbach; 1. Zwischenbericht der Verwaltung BV/1240/2019/1
- 16.2 Personalbericht 2019 PV/0016/2020
- 16.3 Beratung des Stellenbesetzungsplanes 2020 PV/0015/2020

17 Mitteilungen des Vorsitzenden



Stadt Rheinbach
Herrn Bürgermeister
Stefan Raetz
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

06.02.2020

Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt am 10. Februar 2020

Begleitantrag zum Tagesordnungspunkt:

**Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit
Haushaltssicherungskonzept 2021**

Hier: Planungskosten für den Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule

Sehr geehrter Herr Raetz,

namens der SPD-Stadtratsfraktion bitten wir Sie, gemäß § 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach folgenden Begleitantrag auf die Tagesordnung des Rates der Stadt am 10.02.2020 zu setzen und unter dem Tagesordnungspunkt „Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021“ folgenden Antrag zu beraten:

**Im Haushalt 2020 (Investitionen) werden 30.000 EUR als Planungskosten für den
Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule eingestellt.**

Begründung:

Die Gesamtschule Rheinbach ist als fünfzügige Schule geplant, hat aber in den 6 Jahrgängen jeweils fünf Mal eine Mehrklasse eingerichtet. Auch für das Schuljahr 2020/2021 hat der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport die Stadtverwaltung beauftragt, im Falle entsprechender Anmeldezahlen wieder eine Mehrklasse bei der Bezirksregierung zu beantragen. Die Bereitstellung weiterer Klassen lässt sich durch das Aufstellen von Containerklassen lösen, die benötigten Turnhallenkapazitäten sind aber nur durch den Bau einer Turnhalle zu schaffen. Zumal am Standort Villeneuver Straße die Mitnutzung der Turnhalle des Staatlichen Berufskollegs deutlich reduziert worden ist. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf, mit den Planungen für eine Turnhalle noch in diesem Jahr zu beginnen.

Das Fertigstellung des Sportstättenentwicklungskonzept wird erst für Mai 2020 erwartet und danach beraten. Für die Planungskosten, die sich aus dem Konzept ergebenden, würden

somit erst im Haushalt 2021 Mittel eingeplant werden. Um unnötige Zeitverzögerungen zu vermeiden sollen deshalb 30.000 Euro bereits im Haushaltentwurf 2020 eingestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Martina Koch
SPD-Fraktionsvorsitzende



Dietmar Danz
Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses
für Schule, Bildung und Sport



Stadt Rheinbach
Bürgermeister
Stefan Raetz
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

Rheinbach, den 06.02.2020

Resolution der Stadt Rheinbach zur auskömmlichen Kostenübernahme für die Flüchtlingsunterbringung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen belasten die Kommunen auch nach 2015 sehr stark. Besonders die unzureichenden finanziellen Erstattungsregeln des Landes NRW belasten die städtischen Haushalte in unzumutbarer Weise.

Im Dezember 2015 haben die kommunalen Spitzenverbände mit der damaligen Landesregierung das weitere Vorgehen zu einer auskömmlichen Finanzierung der Unterbringung von geflüchteten Menschen vereinbart. Die tatsächlich in den Kommunen anfallenden Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten sollten berechnet werden. Die Ergebnisse der Erhebung sollten die Grundlage für eine monats- und personenscharfe Pauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) ab dem Jahr 2018 werden. Dazu hatte Professor Dr. Lenk ein Gutachten erstellt, dass dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration und den kommunalen Spitzenverbänden im September 2018 vorgestellt wurde. In diesem Gutachten von Prof. Dr. Lenk sollte die Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz auf der Grundlage eines „Pauschalerstattungsytems“ umgestellt werden. An gleicher Stelle wurde auch der von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW erstellte „Gesamtbericht zur Istkostenerhebung FlüAG im Jahr 2017“ vorgestellt.

Professor Lenk kam dabei zu folgenden Ergebnissen:

- der durchschnittliche bereinigte Nettoaufwand liegt bei ca. 12.900 Euro je Leistungsempfänger und Jahr.
- Der Aufwand für kreisangehörigen Gemeinden liegt bei rund 11.000 Euro je Leistungsempfänger und Jahr.
- Der Aufwand für kreisfreie Städte beläuft sich auf 15.900 Euro je Leistungsempfänger und Jahr.

Die Kommunen erhalten nach dem FlüAG aktuell nur 10.400 Euro je Leistungsempfänger und Jahr. Somit ergibt sich eine Unterdeckung von 2.500 Euro je Leistungsempfänger und Jahr.

Die Ergebnisse sprechen für sich und machen den dringenden Handlungsbedarf deutlich.

Die Kommunen warten seither auf das Gesetzgebungsverfahren der Landesregierung und werden mit dem Problem der Refinanzierung allein gelassen. Obschon die kommunalen Spitzenverbände seit Jahren deutlich machen, dass die Kommunen die Refinanzierung der geduldeten Menschen nicht schultern können und die Fallzahlen stetig steigen, ist von Seiten des Landes bisher nichts unternommen worden, den Kommunen den finanziellen Aufwand zu erstatten. Die Kommunen haben keine Möglichkeit, die Abschiebungshindernisse zu beeinflussen, erhalten aber drei Monaten nach dem rechtskräftig erfolgten Bescheid des Bundesamtes für Migration keine Zahlungen mehr für die geduldeten Menschen.

Deshalb dürfen die Zahlungen nicht mehr befristet sein und die Finanzierung muss solange fortgesetzt werden, solange geduldete Menschen noch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten. Die Mittel der weitergeleiteten Integrationspauschale des Bundes werden für die enorme Herausforderung der Daueraufgabe Integration dringend benötigt und reichen nicht aus, auch noch für die Versorgung der geduldeten Menschen damit zu finanzieren. Die Versorgung und Unterbringung von geduldeten Menschen muss über das FlüAG separat und auskömmlich finanziert werden.

Der Rat der Stadt Rheinbach fordert deshalb die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf,

1. ihr Versprechen einzuhalten und die Mittel die der Bund an die Länder für die Integration von geflüchteten Menschen vorsieht(Integrationspauschale bzw. „Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke“) in voller Höhe für die Jahre 2020 und 2021 an die Kommunen weiterzuleiten,
2. die Pauschalen nach dem FlüAG auf den im „Lenk-Gutachten“ ermittelten Ist-Kosten-Stand anzuheben,
3. die Dauer des Erstattungszeitraums für Geduldete von derzeit drei Monaten nach ablehnendem Asylbescheid auszuweiten, solange diese Personen Leistungen nach dem AsylbLG erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Martina Koch
SPD-Fraktionsvorsitzende



Stadt Rheinbach
Herrn Bürgermeister
Stefan Raetz
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

06. Februar 2020

Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt am 10.02.2020

- **Begleit Antrag zum Tagesordnungspunkt:
Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit
Haushaltssicherungskonzept 2021
hier: Steigerung der Aufenthaltsqualität im Öffentlichen Raum**

Sehr geehrter Herr Raetz,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag zum Tagesordnungspunkt „Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021“:

Beim Produkt Betriebshof werden 5% der vorgesehenen Aufwendungen für Personal und Sach- und Dienstleistungen für gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Öffentlichen Raum gesperrt.

Begründung:

Es wird vielfach beklagt, dass der öffentliche Raum in Rheinbach nicht mehr die Attraktivität früherer Jahre besitzt. Mit der Reorganisation des Betriebshofes werden derzeit die Voraussetzungen geschaffen, den Betriebshof gezielt für Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität durch Verbesserung der Sauberkeit und des Erscheinungsbildes des öffentlichen Raums einzusetzen. Dafür werden 5% der Personal- und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gesperrt und gezielt für diesen Zweck eingesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Koch
SPD-Fraktionsvorsitzende



Stadt Rheinbach
Herrn Bürgermeister
Stefan Raetz
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

06. Februar 2020

Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt am 10.02.2020

- **Begleitantrag zum Tagesordnungspunkt:
Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit
Haushaltssicherungskonzept 2021
hier: Verbesserung der Fahrradinfrastruktur**

Sehr geehrter Herr Raetz,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag zum Tagesordnungspunkt „Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021“:

Für die Haushaltstitel 5221010 Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Parkplätze und 5221040 Unter. Verkehrszeichen, Ampeln und Markierungen wird ein Sperrvermerk des Inhalts ausgebracht, dass 8% der Gelder nur für Maßnahmen zur Instandhaltung und Verbesserung von Fahrradinfrastruktur ausgegeben werden dürfen.

Begründung:

Die Radverkehrsinfrastruktur in Rheinbach befindet sich oft in einem schlechten Zustand. Beschlüsse des SUPV für konkrete Maßnahmen zur Instandsetzung oder Verbesserung von Radverkehrsinfrastruktur werden lange nicht umgesetzt, z.B. die Beschlüsse vom Oktober 2018. Damit das nicht am Geld scheitert, werden Gelder in diesen beiden Haushaltstiteln ausschließlich für Maßnahmen zur Instandhaltung und Verbesserung von Fahrradinfrastruktur reserviert. Die prozentuale Höhe orientiert sich am Anteil des Radverkehrs im Modal Split.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Koch
SPD-Fraktionsvorsitzende



Stadt Rheinbach
Herrn Bürgermeister
Stefan Raetz
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

06. Februar 2020

Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt am 10.02.2020

- **Begleitantrag zum Tagesordnungspunkt:
Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit
Haushaltssicherungskonzept 2021
hier: Wiederbelebung einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung**

Sehr geehrter Herr Raetz,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag zum Tagesordnungspunkt „Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021“:

In einem neuen Haushaltstitel werden 20.000 Euro für die Teilnahme der Stadt Rheinbach an einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) und die Förderung von Maßnahmen der ISG eingeplant.

Die Gegenfinanzierung erfolgt durch eine Kürzung des Haushaltsansatzes für Zweckverbandsumlagen oder für den Aufwand für Elektronische Datenverarbeitung in gleicher Höhe.

Begründung:

Zur Stärkung und Entwicklung der Innenstadt, insbesondere zur Wiederbelebung der früheren Weihnachtsbeleuchtung wurde im Haupt- und Finanzausschuss im September 2019 die Bildung einer förderungsfähigen Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) für ein klar abgegrenztes Quartier erörtert, die in enger Abstimmung mit dem Gewerbeverein auf freiwilliger Basis erfolgen soll. Zur Teilnahme und Förderung einer ISG für diesen Zweck wird im Haushalt ein neuer Haushaltstitel geschaffen und im Haushaltsjahr 2020 mit 20.000 Euro dotiert. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um u.a. wieder eine attraktive Weihnachtsbeleuchtung im Straßenzug Vor dem Voigtstor - Hauptstraße - Vor dem Dreeser Tor zu installieren.

Mit der Gegenfinanzierung wird der Tatsache Rechnung getragen, dass zum einen eine Erhöhung der Umlage für den Zweckverband civitec um fast 200.000 Euro dem Haushaltsplanentwurf zu Grunde gelegt wird, die Vertreter des Zweckverbandes civitec in der Ratssitzung jedoch sagten, dass es keine Umlageerhöhung gibt. Zum anderen ist das Ergebnis des Produkts „Elektronische Datenverarbeitung“ im Entwurf des Haushaltsplans 2020 um fast 400.000 Euro höher als das höchste Rechnungsergebnis der Jahre 2014 bis 2018.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Martina Koch". The signature is written in a cursive, flowing style.

Martina Koch
SPD-Fraktionsvorsitzende